

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 56 (1964)
Heft: 3

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Die *«Welt der Arbeit»*, die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat in ihrer Nummer 8 vom 21. Februar 1964 eine Veröffentlichung gebracht, die Aufsehen erregt und die auch in der Schweiz genaue Beachtung verdient. Günter Stephan, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands, verantwortlich für die Organisation des DGB und für die gewerkschaftliche Betreuung der rund 820 000 Gastarbeiter, die zurzeit in der Bundesrepublik tätig sind, beweist dort exakt und überzeugend, daß große Gruppen dieser Gastarbeiter antidemokratischen politischen Einflüssen unterworfen sind: «Die Kommunisten machen sich an sie heran und stiften Unruhe. Aber auch von rechts wird infiltriert: Italiens Neofaschisten lassen ihre Minen springen; Francos Behörden nehmen ihre Landsleute fest an die Kandare. Die Bundesregierung scheint das nicht aufzuregen. Nur nach links schlägt sie aus. Aber wenn sie nach rechts schaut, drückt sie schnell beide Augen zu.»

Stephan weist dann nach, daß auch in der deutschen Presse immer *nur* über die kommunistische Wühlarbeit berichtet werde, *nicht* aber über die Gefahren, die den Gastarbeitern von rechts drohen. Deshalb hat es sich Stephan zur Aufgabe gesetzt, einmal mit vielen Einzelheiten darzustellen, mit welchen Mitteln der Beeinflussung und des Terrors das Franco-Regime bestrebt ist, auf die rund 120 000 spanischen Gastarbeiter Einfluß zu gewinnen, die in der Bundesrepublik arbeiten. Das geschieht nicht nur durch die Verteilung von Zeitungen, die von der Falange herausgegeben werden, sondern auch durch ein engmaschiges Netz von etwa 50 in der Bundesrepublik bereits bestehenden «spanischen Zentralen und Häusern», die zwar, wie Stephan feststellt, durch Mittel der deutschen Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützt werden, tatsächlich aber unter der Führung spanischer Behördenstellen stehen.

In ähnlicher Weise werden seit langer Zeit die Gastarbeiter aus Griechen-

land unter Druck gesetzt, von denen 116 000 in der Bundesrepublik arbeiten; hier darf man vielleicht hoffen, daß die neue griechische Regierung diese Einflüsse und Umtriebe unterbinden wird. Aus Italien wirkt nicht nur die kommunistische, sondern auch die neofaschistische Bewegung auf die 285 000 italienischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik ein. Weiter sind auch die rund 30 000 Gastarbeiter aus der Türkei antidemokratischen Einflüssen ausgesetzt. Und zum Schluß weist Stephan darauf hin, daß zurzeit Verhandlungen mit Portugal im Gange seien, um nun auch von dort Gastarbeiter für die Bundesrepublik anzuwerben; ironisch fügt Stephan hinzu: «Neben Francos offiziellen Stellen wäre es wahrhaft eine Bereicherung der bunten Palette in der Bundesrepublik tätiger faschistischer und diktatorischer Institutionen und Organisationen, nun auch Salazars Mannen noch in Aktion treten zu sehen.»

In seinen grundsätzlichen Bemerkungen erinnert Stephan daran, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Ende November 1963 beschlossenen neuen Grundsatzprogramm festgelegt habe, «daß wir gegen *alle* antidemokratischen Tendenzen, gleich aus welcher Richtung sie auch immer kommen mögen, mit aller Schärfe und Konsequenz vorzugehen gedenken». Und Stephan fügt hinzu: «Wir nehmen es damit auch sehr ernst, während von Arbeitgeberverbänden und den staatlichen Stellen die Gefahren nur einseitig gesehen und geschildert werden.»

Die *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* (Köln) bringen in ihrem Februarheft 1964 eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit grundsätzlichen und aktuellen Problemen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik auseinandersetzen. Sebastian Franck schreibt unter dem Titel «Probleme einer dynamischen Wirtschaft» über die Fragen, die sich in Verbindung mit der neuen Rationalisierungswelle, die sich bereits abzeichnet, ergeben werden. Daran schließt sich eine Untersuchung von Prof. Dr. Walter Friedländer (USA)

über «Gefahren des Ueberflusses» an und eine weitere Betrachtung von Hans Rehhahn über «Automation – die Herausforderung unserer Zeit». In weiteren Beiträgen dieses Heftes setzen sich vier Mitarbeiter mit aktuellen Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik auseinander, die aber auch außerhalb Deutschlands Beachtung verdienen; so durchleuchtet Günter Pehl unter der Überschrift «Staatliche Preismaßnahmen gefährden die Wirtschaftsstabilität» sehr kritisch den Wirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1964, Kurt Offers informiert über «Neue Wege in der Lohndiskussion», und Karl Fred Zander von der IG Metall und Dr. Diether H. Hoffmann von der Bank für Gemeinwirtschaft schreiben sehr scharf und klar von der höchst unsachlichen Polemik, die von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen das neue Grundsatzprogramm des deutschen Gewerkschaftsprogramms gestartet wurde. Eine Reihe von Berichten ergänzen den Aufsatzteil dieses Heftes: Dr. Edgar Schranz stellt die Grundzüge der österreichischen Schulreform dar, Bruno Kuster referiert über eine Dokumentation zur Politik der Apartheid in Südafrika, Walter Gyßling berichtet über Probleme der Arbeitslosigkeit in Jugoslawien, Werner Plum informiert über die jüngste Entwicklung in den afrikanischen Gewerkschaften, und Heinz Eckert berichtet über neue Formen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik (Verwendung von Unterrichtsmodellen und programmierter Unterricht).

Aus der immer lesenswerten Monatschrift «Atomzeitalter», die in der Europäischen Verlagsanstalt (Frankfurt) erscheint, sei aus Heft 1/1964 besonders auf eine Untersuchung von Walter Buckingham über «Automation, Ausbildung, Beschäftigung» und auf einen Aufsatz von Heinz Theo Risse über «Kapitalistische Planung» hingewiesen.

Die in Wien erscheinende Monatschrift «Forum» bringt in ihrem Heft 122 (Februar 1964) einen Nachruf des österreichischen Innenministers Franz Olah auf den früheren österreichischen Bundeskanzler Julius Raab. Was

Olah, Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer, aus Anlaß des Todes seines politischen Gegners sagt, ist von so allgemeiner Bedeutung und so ausgezeichnet formuliert, daß wir diesen Nachruf mit unwesentlichen Kürzungen an dieser Stelle wiedergeben möchten; Olah schreibt:

«Hier geht es nicht nur um die Würdigung eines bedeutenden Mannes, der nun tot ist, hier geht es um ein Beispiel für die Gegenwart. Deswegen schreibe ich.

Als ich zum erstenmal mit Julius Raab zu tun bekam, war ich noch Zentralsekretär der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter. Wir waren in der Bundeshandelskammer und führten dort die Verhandlungen über die Auswirkungen des ersten Lohn- und Preisabkommens auf die Lohntarife der einzelnen Berufsgruppen. Gerade bei den Bauberufen schien es, daß die Verhandlungen scheitern sollten. Ich verließ den Verhandlungstisch und erklärte, nicht wiederzukommen.

Ich ging in den OeGB, um zu berichten. Aber Raab war schon am Telefon und sagte zu mir: „Na, kommen S' wieder zurück, Sie Heferl, wir werden schon etwas machen.“ Ich ging in die Handelskammer zurück, und die Verhandlungen begannen von neuem. Raab war bereit, Zugeständnisse zu machen, mehr als die Unternehmer zu geben bereit waren. Er setzte sich bei ihnen durch. Er hielt das Wort, das er mir gegeben hat. Der Konflikt wurde vermieden.

Ich will damit nicht sagen, daß Julius Raab Entgegenkommen zeigte. Im Gegenteil, er wußte, wo er stand und was er wollte, er war ein harter, gewiegter, gefährlicher Partner und Gegner. Aber er wußte auch, wo die Grenzen sind und daß dann ein echter Kompromiß nötig ist, zu dem man stehen muß. Er war hart gegenüber dem Verhandlungspartner, aber er war auch hart gegenüber seinen eigenen Freunden.

Ich möchte sagen, daß mir dieser Typ von Partner und Gegner lieber ist als die unverbindliche Höflichkeit, verknüpft mit Schwachheit, Unaufrichtigkeit, Doppelzüngigkeit. Davon haben wir heute etwas zuviel. Politik ist kein Damenkränzchen. Die Demokra-

tie braucht Leute, die bereit sind, nicht nur ja zu sagen, sondern auch bei ihrem Ja zu bleiben; oder man sagt aufrichtig und gradlinig gleich nein und rennt nicht hinterdrein zu irgend jemandem anderen und sagt: „Paßt auf, ich hab zwar ja gesagt, aber Ihr müßt jetzt nein sagen, damit ich sagen kann, es geht leider doch nicht, ich muß meine Zusage zurücknehmen.“

Die Demokratie braucht Männer, bei denen man weiß, woran man ist.

So ein Mann war Julius Raab. Deswegen habe ich ihn geachtet und achtete ihn auch, als er nicht mehr «an der Macht» war. Und deswegen denke ich mit Achtung an ihn, auch nach seinem Tode. Ich wünsche unserm Vaterland, daß ihm mehr solche Männer beschieden sein mögen. Jedes Volk kann sie brauchen.

Mit Julius Raab konnte man Sachen machen, die man, seit er aus der Politik ausgeschieden war, nicht mehr machen konnte. Ich behaupte: Politische Zusammenarbeit beruht darauf, daß man sich beim Partner und Gegner auskennt. Wenn ich manche Rede höre, die gehalten wird, und wenn ich mir manchen ansehe, der sie hielt –

dann denke ich an Julius Raab, der meistens nur brummte.

Er war kein Redner, aber ein Mensch.

Julius Raab war nicht nur ein Politiker, er war auch ein Charakter. Das gehört nämlich zusammen, wenn die Politik nützen und die Politiker geachtet werden sollen.

Denken wir daran: Politik ohne Charakter, Gezänk statt Gespräch, Verteufelung statt harter, aber sachlicher Auseinandersetzung – das führt ins Unheil. Muß immer erst jemand sterben, damit man diese Wahrheit entdeckt? Aber es genügt nicht, sich auf Tote zu berufen – solange wir leben, haben wir unserem Gewissen zu folgen und unsere Pflicht zu tun.»

Des weiteren enthält dieses besonders wertvolle Heft 122 von «*Forum*», das in erweitertem Umfang erschienen ist, Beiträge von neunzehn namhaften österreichischen Politikern und Schriftstellern aller Richtungen zur Beurteilung des Februar 1934 (der blutigen Auseinandersetzung des Regimes Dollfuß mit der österreichischen Sozialdemokratie) aus der heutigen Sicht, also dreißig Jahre danach.

Walter Fabian

Buchbesprechungen

Osterroth/Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Hannover, 1963, 672 Seiten, Fr. 19.80.

Der dicke Band von 672 Seiten, der zum hundertjährigen Bestehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgekommen ist, stellt sich dar als stark erweiterte Neuauflage der «Chronik der sozialistischen Bewegung» von Franz Osterroth. Keine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, sondern ein Nachschlagewerk, das allen denen nützlich sein wird, die sich mit Vorgängen der deutschen Arbeiterbewegung, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Begebenheiten zu befassen haben. Die Chronik reicht vom Anfang des 19. Jahrhunderts (5. Mai 1818: Karl Marx in Trier geboren) bis Ende Mai 1962 (SPD-Parteitag in Köln). Außerordentlich nützlich sind die Uebersichten über die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871–1933, über die Zusammensetzungen der Reichsregierungen 1918–1933, die Landtagswahlen und Landesregierungen 1918–1933, die Bundestagswahlen 1949–1961, die Zusammensetzungen der Bundesregierungen 1946–1962, die Landtagswahlen und Landesregierungen 1946–1963. Ein Personen- und Sachregister erleichtern Uebersicht und Nachschlagen; umfangreiche Literatur-, Zeitschriften-, Zeitungs- und ein Organisationsregister ergänzen den Band. Schade, daß der Satz vor der Drucklegung nicht sorgfältiger gelesen wurde; über 30 Berichtigungen in einem beigelegten Korrekturblatt sind des «Guten» zuviel.

G. B.